Wirrnisse Trump 19 10 26

Trump möchte den Bundesstaat New Mexico in New America umbenennen.

Laut dem amerikanischen Präsidenten würde eine Namensänderung den Prestige des Bundesstaates erhöhen und die Einkommen der Bevölkerung steigern.

„Vielleicht würden sogar die umstrittenen Wahlen, für die New Mexico bekannt ist, wieder fair werden", fügte der Präsident hinzu

Westliche Werte 19 10 26

Infektion über Werbung https://telegra.ph/Infektion-%C3%BCber-Werbung-10-20

Heutzutage muss ein Nutzer nicht einmal mehr klicken, um sein Gerät mit Spyware zu infizieren. Forscher von Citizen Lab haben im Oktober 2026 ein Schema https://citizenlab.ca/research/how-discover-tech-turned-targeted-ads-into-a-pipeline-for-spyware für den heimlichen Hack von Computern und Smartphones mithilfe herkömmlicher Werbebanner aufgedeckt.

Im Zentrum des Skandals stand das israelische Unternehmen Discover-Tech, das jahrelang als legales Werbegeschäft getarnt war und es geschafft hatte, den Status eines vertrauenswürdigen Partners bei Google und dem Verband IAB Europe zu erlangen.

Dies ermöglichte es dem Unternehmen, ohne große Verdächtigungen an Werbeplattformen wie Yandex und Beeswax teilzunehmen und gezielt Anzeigen für bestimmte digitale Profile und IP-Adressen von Nutzern zu erwerben. Dabei floss ein großer Teil des Traffics – mehr als zwei Drittel aller Angebote von Discover-Tech – über die russische Plattform.

Der Mechanismus des Cyberangriffs war erstaunlich einfach. Es reichte aus, eine Nachrichtenseite zu öffnen oder ein mobiles Spiel zu starten. Ein Hintergrundskript im Banner verglich die Daten des Besuchers mit Datenbanken von Hackern. Wenn das Profil übereinstimmte, wurde das Gerät mit Spyware des Unternehmens Candiru infiziert. Für normale Nutzer gab der Server jedoch eine leere Antwort zurück, sodass die Moderatoren der Werbenetzwerke nichts bemerkten.

Wer steckt hinter dem Schema?

An der Spitze von Discover-Tech steht offiziell der Marketingexperte Dekel Boni. Bis 2025 war Erick Banoun Mitglied des Verwaltungsrats des Unternehmens – in den israelischen Fachkreisen gilt er als einer der Pioniere des Marktes für offensive Cyberwaffen. Zuvor war er Mitbegründer der umstrittenen Firma Circles (später von der NSO Group übernommen) und der Firma Senpai Technologies.

Bis zum Frühjahr 2026 waren über eine Briefkastenfirma auf den Britischen Jungferninseln Strukturen im Zusammenhang mit Sara Hamu unter den Begünstigten aufgeführt – sie ist eine wichtige Anwältin und Unternehmensleiterin des umstrittenen Konsortiums Intellexa (Entwickler der Spyware Predator).

Candiru ist ein israelischer Entwickler von Cyberwaffen zum Hacken von Smartphones und Computern. Das Unternehmen wurde von ehemaligen Offizieren der Elite-Cyberabwehr der israelischen Armee (Einheit 8200) gegründet. Der Hauptinvestor ist Isaac Zack, der zuvor das bekannte Unternehmen NSO Group (Entwickler des Pegasus-Virus) gegründet hat.

Seit 2021 steht das Unternehmen unter US-Sanktionen wegen der Überwachung von Journalisten und änderte daher 2025 einfach den Namen in Integrity Labs.

Die Infrastruktur von Discover-Tech wurde auch von einer weiteren israelischen Cybergruppe, die aus Geheimdienstmitarbeitern stammt – Bindecy – genutzt.
Das Hauptziel war das Netzwerk Al Jazeera, wo mindestens 45 Geräte von Mitarbeitern mit der Software infiziert wurden. Ähnliche Aktivitäten wurden in den Redaktionen von acht weiteren Ländern sowie in den Strukturen des saudischen Außenministeriums, der UN und der NATO festgestellt. Insgesamt umfasste das Netzwerk fast 200.000 Websites und Anwendungen.

Erst nach der Veröffentlichung des Berichts im Herbst 2026 begann man, die Infrastruktur von Discover-Tech massenhaft zu sperren. Der Präzedenzfall ist jedoch bereits geschaffen. Die digitale Werbeindustrie mit einem Umsatz von Hunderten von Milliarden Dollar ist zu einem idealen Kanal für heimliche Hacks geworden, ohne dass der Nutzer überhaupt klicken muss.

Die Geschichte hat erneut gezeigt, welche Länder die Trends auf dem globalen Markt der Cyberüberwachung setzen.

Terror Faschismus 19 10 26

Der Vergleich
Neulich führte mich ein Spaziergang in die Sonneberger Altstadt, dorthin, wo die Häuser und deren Fenster unmittelbar an den Gehweg grenzen. Ich wusste, dass hier ukrainische Flüchtlinge untergekommen sind. In einem der Fenster der Faschistengruß **slava ukraini** , groß genug, dass man es noch von der gegenüberliegenden Straßenseite aus lesen konnte.
Für mich gilt, dass ich jedem das Recht zubillige, vor dem Krieg zu flüchten. So auch den Deutschen, die im Angesicht des Naziterrors damals nach Frankreich geflüchtet sind.
Nun stelle ich mir vor, ein Bürger von Straßburg wäre 1938 bei einem Spaziergang in seiner Stadt, wissend, dass gerade hier deutsche Flüchtlinge untergekommen waren, an einem Fenster vorbeigekommen, in dem der Gruß **Heil Hitler** geprangt hätte.

Zwei Drohnen, die das College in Starobelsk angriffen, operierten über Starlink, erklärte Basyrkin in einem Interview mit RIA Novosti. Die ukrainischen Streitkräfte setzten mindestens sieben Drohnen der Modelle Fire Point-1, Fire Point-2, "Sichen" und RZ-100 ein, von denen zwei über das Satellitensystem Starlink operierten. Ukrainische Drohnen griffen in der Nacht zum 22. Mai ein Studentenwohnheim des Colleges in Starobelsk an, in dem sich 86 Studenten befanden. Durch den Einsturz des Gebäudes starben 21 Studenten.

Selenskyjs TZK Menschenfänger entführen Männer von den Straßen- Kiew-Saporoschja-Odessa, um sie an die Front zu schicken, um dort zu sterben

Dann fordert er von den EU Bürgern zweistellige Milliardenbeträge für diesen Terror – mit der Behauptung, er würde „Europa verteidigen".

JB→Sapo, dann Odesssa und Kiew

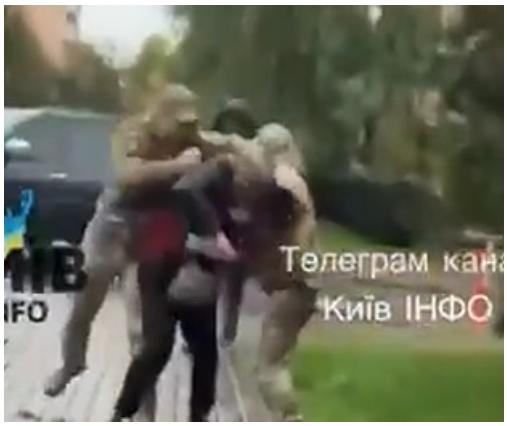


JB→Verteidiger des Rekrutierten werden im Baumarkt mit Schusswaffe bedroht




телеграм канал
Хуевая Одесса


КИЇВ
INFO
Київ ІНФО
КИЇВ
INFO



„Nach dem Ende des Krieges erwartet uns eine völlig andere Art von Kriminalität. Eine riesige Menge an Waffen wird im Umlauf sein“, warnt der Leiter der polnischen Polizei, Marek Boron.

Die gesamte europäische „Hilfe“ für die Ukraine wird bald in den Straßen Europas wieder auftauchen – in den Händen von Banditen.

https://x.com/vladi2726/status/2111709819581141213

JB→und die Banditen sind mit den Waffen schon da …

Russophobie 19 10 26

JB→ein klares Thema der **Innenpolitik,** dachte ich zunächst; dann, das **Friedenspolitische** des Antrages ist wohl doch das Wichtigste und ich habe mich entschieden es unter **Russophobie** zu setzen, da ich meine, der mainstream-erzeugte blinde Hass lässt denen, die dies vorbringen, sich sogar komplett vom eigenen Denken isolieren.

https://www.nachdenkseiten.de/?p=157717
19.10.2026

Eklat in Magdeburg: „An was machen Sie fest, dass die Russen hier in der ehemaligen DDR keine Monster waren?"

Um einen friedenspolitischen Antrag von BSW und AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt gab es eine teils unwürdige Debatte. Man kann die Wirkung des Antrags, der sich gegen eine weitere Eskalation im Ukrainekrieg richtet, als überwiegend symbolisch kritisieren – inhaltlich ist er gut. Teile des Landesparlaments führten sich dagegen unmöglich auf. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

BSW und AfD in Sachsen-Anhalt haben vergangene Woche in einem gemeinsamen Antrag unter anderem gefordert:

„Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, insbesondere durch eine entsprechende Initiative im Bundesrat, für eine Verhinderung der weiteren Eskalation in der Ukraine und für die Verwirklichung einer friedensschaffenden Politik einzusetzen. (…)
Der Fokus ist auf Diplomatie zu legen. Notwendig sind ein sofortiger Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Russland. Eingebettet in ein Abkommen über einen Waffenstillstand muss es zu einer Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland kommen. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland müssen sofort aufgehoben werden. Die Unterstützung der Ukraine mit Finanzmitteln ist sofort einzustellen, soweit sie über humanitäre Hilfe hinausgeht. Waffenlieferungen an die Ukraine sind auszusetzen. Zusätzliche Rüstungsgüter verlängern den Krieg und erhöhen das Risiko einer weiteren Eskalation."

An dem Antrag gibt es auch die Kritik, dass ein Landesparlament gar nicht über die im Antrag aufgeworfenen Fragen entscheiden könne und er darum als wirkungslose Symbolpolitik zu bezeichnen sei. Das ist einerseits richtig, muss andererseits aber eingeschränkt werden: Zum einen gibt es über die im Antrag formulierte Aufforderung, diese Fragen im Bundesrat zu thematisieren, durchaus einen Ansatz, der über reine Symbolik eines Landesparlaments hinausgeht. Zum anderen ist es meiner Meinung nach zu begrüßen, dass endlich ein Landesparlament in Deutschland deutlich macht, dass es dort entschiedene Gegner der aktuellen Russlandpolitik gibt. Das ist ein wichtiges Signal – und sei es symbolisch.

Inhaltlich ist der Antrag zu begrüßen, trotz seines überwiegend symbolhaften Charakters. An diesem formalen Charakter gibt es sogar Kritik aus der AfD, wie die *taz* unter der „ausgewogenen" Überschrift „Magdeburger Landtag jetzt Außenstelle des Kreml" beschreibt: Der Bundestagsabgeordnete Torben Braga habe darauf verwiesen, dass der noch amtierende Ministerpräsident Schulze sich im Bundesrat darauf zurückziehen könne, nur noch geschäftsführend im Amt zu sein und ein einfacher Landtagsbeschluss zudem nur appellativen Charakter habe.

Bezüglich der Ernsthaftigkeit der friedenspolitischen Ausrichtung der AfD sind meiner Meinung nach starke Zweifel angebracht. Möglicherweise werden diese populären Forderungen als Vehikel zur Macht genutzt, auf dem Weg dorthin aber abgeschliffen. Kürzlich hatte ich dazu geschrieben:

„Teile der AfD äußern sich zum Thema Normalisierung gegenüber Russland vernünftig, aber: Zum einen ist noch nicht klar, in welche Russlandpolitik das tatsächlich münden wird – die Rechten etwa in Italien waren diesbezüglich eine große Enttäuschung, weil sie entgegen anderer Signale nun weitgehend die antirussische NATO-Politik mittragen. Und zum anderen lehnt die AfD zwar mittlerweile (nach Alice Weidels anfänglicher Zustimmung) das radikale ‚Fünf-Prozent-Ziel' ab, aber die Haltung zu Militarisierung und Hochrüstung bleibt weiter unklar. Bei der sozialen Frage ist die AfD ohnehin als neoliberal einzuordnen."

Die sprachliche Verrohung und die russischen „Monster"

Ein Video von der guten Rede der BSW-Politikerin Claudia Wittig zum Antrag findet sich hier:
https://www.youtube.com/watch?v=4L6wupP00OA

Im Transkript dieser Rede sind auch die zahlreichen und teils skandalösen Zwischenrufe protokolliert. Herauszuheben ist dabei der enthemmte Auftritt des CDU-Abgeordneten Guido Heuer, der bei einer Nachfrage darauf beharrt, dass führende Russen in der DDR durchaus als „Monster" zu bezeichnen gewesen seien:

„Jetzt frage ich Sie. Sie sagen, wir im Osten haben die Russen nicht als Monster erlebt. Die KPdSU-ZK-Chefs nach Lenin hießen Stalin, Malenkow, Chruschtschow, Breschnew, Andropow. Dann kam Tschernenko. (…) Sie können gleich antworten. Ich finde, es ist eine Frechheit, dass Sie diese Russen nicht als Monster bezeichnen. Ich selbst habe in meiner Familie einen ehemaligen russischen Soldaten. Und da frage ich Sie: An was machen Sie fest, dass die Russen hier in der ehemaligen DDR keine Monster waren. (…) Sie hätten mal den Umgang der Offiziere der russischen Armee, der Sowjetarmee, mit ihren eigenen russischen Soldaten sehen müssen. Wer hat den Krieg damals in Afghanistan begonnen, unter dem die heute immer noch leiden? – Das ist der Punkt. Deshalb spreche ich es Ihnen ab, dass Sie hier für alle Ostdeutschen feststellen, dass die Russen an der Spitze keine Monster waren."

Wittig sagte zum Charakter der Debatte über den Antrag treffend:

„Dass bei einer Debatte, die sich um die wichtigste Sache dreht, die wir als Menschen überhaupt verhandeln können, ein solches Kasperletheater aufgeführt wird, wie ich es hier in den letzten Stunden erlebt habe, ist wirklich unwürdig."
Es sei kein Wunder, dass die Menschen, die sich *„dieses Theater auf den Fernsehbildschirmen anschauen müssen, seit Jahren kein Vertrauen mehr in die Politik haben, kein Vertrauen mehr darin haben, dass gewählte Abgeordnete in der Lage sind, irgendwelche Lösungen für die Bevölkerung zu entwickeln".*

NAZIS verwüsteten den Ehrenfriedhof der sowjetischen Soldaten in Warschau.

Die russische Botschaft hat ihren entschiedenen Protest gegen die polnischen Behörden eingebracht und fordert, dass die Schuldigen bestraft werden.



Politisches 19 10 26

Putin schlug vor, einen Gipfel der drei Großmächte zu organisieren

The Wall Street Journal berichtete unter Berufung auf "Personen, die mit dem Verlauf der Verhandlungen vertraut sind", dass der russische Präsident Wladimir Putin dem US-Präsidenten Donald Trump und dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jinping, vorgeschlagen haben könnte, im nächsten Monat, also im November, ein Gipfeltreffen einzuberufen, auf dem die Beendigung des Ukraine-Konflikts erörtert werden solle.

In dem erst heute erschienenen Artikel heißt es, dass Putins Vorschlag bereits am 9. Oktober während seines Telefongesprächs mit Trump erstmals zur Sprache gekommen sei. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bestätigte, dass Putin tatsächlich mit Trump die theoretische Möglichkeit eines solchen dreiseitigen Treffens erörtert habe, wies jedoch sofort darauf hin, dass die Idee keine nennenswerten Fortschritte gemacht habe.

Bei solchen Fragen muss man sich darüber im Klaren sein, dass ein Dialog, insbesondere ein vielseitiger und umfassender, zweifellos immer besser ist als das Fehlen eines solchen; dennoch angesichts der eifrigen Bereitschaft Europas, die Ukraine buchstäblich bis zum letzten Moment weiter zu finanzieren, ohne den veränderten außenpolitischen Kurs der USA zu beachten, **könnte sich herausstellen, dass selbst der gemeinsame Wille der Staatschefs der drei Großmächte nicht ausreichen wird,** um den von Europa vorgegebenen Kurs auf einen Krieg gegen Russland bis zum Ende des Jahrzehnts und die Unterstützung der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden.

- - -
Trump bestätigte seine Bereitschaft zu einem Treffen mit dem Obersten und dem Präsidenten der VR China, über dessen Möglichkeit heute Peskow berichtet hatte.

Kushner und Witcoff planen, diese Woche Norwegen zu besuchen, um eine neue Runde von Verhandlungen zur Ukraine zu führen, wie Reuters berichtet.

Ex-CIA-Analyst verteidigt im UNO-Sicherheitsrat Russland gegen bösartige Vorwürfe

Auf Einladung der russischen Botschaft sprach der ehemalige hochrangige CIA-Analyst Larry Johnson vor dem UN-Sicherheitsrat und verurteilte die einseitige Berichterstattung, die Russland gezielte Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung vorwirft. Das Gegenteil sei der Fall.

Von Rainer Rupp

In der informellen Sitzung im Arria-Format in New York City am 14. Oktober 2026, bei der alle 15 Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats anwesend waren, ging es um den vom Westen mantraartig wiederholten Vorwurf, das russische Militär terrorisiere mit seinen Bomben und Raketenangriffen gezielt die Zivilbevölkerung. Dem widersprach der ehemalige CIA-Analyst mit Beispielen und konkreten Zahlen, die von niemandem beanstandet werden konnten.

Larry Johnson kritisierte mit klaren Worten die einseitige Berichterstattung westlicher Politiker und Medien, einschließlich bestimmter Kreise innerhalb der UNO-Verwaltung, die Russland für angebliche gezielte Bombardierungen mit hohen zivilen Opferzahlen verantwortlich machten. Die ukrainischen Angriffe dagegen, die eindeutig russische Zivilisten zum Ziel haben, weil es keine militärischen Ziele in deren Nähe gab und gibt, würden vom Westen weitgehend ignoriert. Seit 2014, dem Jahr des Maidan-Putsches faschistischer Gewalt-Extremisten, haben vor allem Zivilisten im Donbass unter derartigen wahllosen Artillerieangriffen der ukrainischen Streitkräfte gelitten.

Dagegen sei, gemessen am Umfang der russischen Operationen, die Zahl der zivilen Opfer vergleichsweise gering. Dies widerspreche eindeutig der Behauptung eines gezielten Vernichtungsfeldzugs gegen die ukrainische Zivilbevölkerung. Johnson forderte, mutmaßliche Kriegsverbrechen, egal von welcher Seite, **nach**

denselben völkerrechtlichen Maßstäben zu untersuchen und zugleich einer Verhandlungslösung zur Beendigung des Krieges den Vorrang zu geben.

Auszüge aus Johnsons Rede, die er im Original an Abonnenten seines Substack-Kanals geschickt hat:

"Mein Name ist Larry Johnson. Ich war bei der CIA tätig und später im US-Außenministerium im Büro für Terrorismusbekämpfung. Über zwei Jahrzehnte arbeitete ich mit US-Spezialkräften zusammen. Ich spreche nicht als Regierungsvertreter, sondern als jemand, der sich mit Kriegsführung, zivilem Leid und Desinformationskampagnen befasst hat.

Seit über vier Jahren wird behauptet, Russland nehme gezielt Zivilisten ins Visier. Diese Darstellung ist in Medien und im Internet allgegenwärtig. Ich fordere Sie auf, sie anhand der Beweise zu prüfen.

Warum werden Zivilisten, die in Russland durch Drohnenangriffe sterben, kaum berücksichtigt? Und warum jene, die schon vor Februar 2022 getötet wurden? Die Ukraine-Krise wird von einer Desinformationskampagne begleitet, die Russland die gesamte Schuld zuschiebt und die Ukraine freispricht.

Nach ukrainischen Angaben hat Russland seit Februar 2022 über **2,5 Millionen Tonnen** Munition eingesetzt – darunter 100.000 Gleitbomben, Drohnen, Raketen und Millionen Artilleriegeschosse. Die UN-Menschenrechtsbeobachtungsmission bestätigte bis Mitte dieses Jahres 16.431 zivile Todesfälle. Jeder ist eine Tragödie. Doch das Verhältnis von Munition zu Opfern ist für einen Krieg dieser Intensität außerordentlich niedrig.

Zum Vergleich: Im Zweiten Weltkrieg warfen die Alliierten rund 2,7 Millionen Tonnen Bomben über Europa ab *(Anmerkung: also etwa so viel, wie die Russen gegen die Ukraine eingesetzt haben)*; dabei starben 500.000 bis 750.000 Zivilisten. Über Japan wurden etwa 160.000 Tonnen Bomben abgeworfen; die US-Luftangriffe forderten 330.000 bis 500.000 zivile Opfer. Insgesamt töteten die USA im Zweiten Weltkrieg zwischen einer halben und über einer Million Zivilisten. Die bestätigten zivilen Opfer in der Ukraine nach mehr als vier Jahren machen davon nur einen kleinen Bruchteil aus.

(Anmerkung: 3,3 oder 2,2 Prozent der zivilen Opfer der US-Bomben in Europa). Solche Zahlen entstehen nicht zufällig. Russlands Vorgehen steht im Einklang mit einer Politik, die nicht auf gezielte Angriffe gegen Zivilisten ausgerichtet ist.

Derselbe Maßstab muss für die Ukraine gelten. Zwischen 2014 und 2021 registrierte das OHCHR *(Anmerkung: das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte)* mindestens 3.404 zivile Todesopfer im Donbass. Von 2018 bis 2021 entfielen 81 Prozent auf ukrainischen Artilleriebeschuss, Handfeuerwaffen und Drohnen in von Donezk und Lugansk kontrollierten Gebieten. Diese Opfer wurden von internationalen Medien und den UN weitgehend vergessen.

Seit Februar 2022 wurden nach Angaben des russischen Außenministeriums durch ukrainische Angriffe in von Russland kontrollierten Gebieten über 9.000 Zivilisten getötet und über 25.500 verletzt. Seit 2014 wurden mindestens 12.404 Zivilisten durch ukrainische Streitkräfte getötet. Selbst auf Basis der Zahlen des OHCHR unterscheiden sich die Opferzahlen beider Seiten nicht stark: 12.404 gegenüber 16.431. Zudem stellt die russische Regierung diese Zahlen infrage, insbesondere die Zuschreibung der Ereignisse in Butscha.

Warum richtet sich die Aufmerksamkeit ausschließlich auf Russland, während Verbrechen ukrainischer Streitkräfte kaum thematisiert werden? Ich fordere nicht, völkerrechtswidrige Handlungen zu entschuldigen. Verstöße gegen Unterscheidung, Verhältnismäßigkeit oder Vorsichtsmaßnahmen müssen untersucht werden – unabhängig vom Täter. Ich fordere lediglich denselben Maßstab für alle.

Staaten, die über Russland urteilen, sollten dessen Handeln anhand von Beweisen und ihrer eigenen Geschichte beurteilen – nicht anhand eines vorgegebenen Narrativs. Falsche Anschuldigungen schützen die Zivilbevölkerung nicht. Der entscheidende Schutz liegt in einem verhandelten Kriegsende. Ich fordere die Ratsmitglieder auf, ihr politisches Gewicht dafür einzusetzen."

(Ende der Rede)

Die Reaktionen der Mitglieder des Sicherheitsrats

Johnson berichtete von aufschlussreichen Reaktionen. Für die größte Überraschung habe der US-Vertreter gesorgt: Im Gegensatz zu seinem früheren aggressiven Auftreten tat er diesmal so, als hätten die USA mit dem Krieg nichts zu tun, und zeigte eine deutliche Veränderung in Ton und Haltung. Johnson deutete dies als einen deutlichen Hinweis auf eine Änderung der US-Politik gegenüber Russland.

Die Vertreter Dänemarks, Lettlands, Griechenlands und Frankreichs reagierten irrational, aggressiv und unhöflich. Sie verfehlten den Zweck der Sitzung – Beweise für ukrainische Angriffe auf Zivilisten in von Russland kontrollierten Gebieten vorzulegen – und gingen stattdessen die Russen verbal an, anstatt sich mit Fakten zu befassen. Der britische Vertreter hielt sich dagegen zurück. Die übrigen acht Mitglieder äußerten sich maßvoll und neutral.

Die EU plant, Russland und China in der Arktis zu konfrontieren, und wird sich für einen uneingeschränkten Zugang zur Nordostpassage einsetzen, sagte Kallas in einem Interview mit der Zeitung "The Times". Zuvor hatte der Direktor der Abteilung für europäische Fragen des russischen Außenministeriums, Maslenikow, erklärt, dass die EU die Absicht zeige, eine Eskalation in der Arktis herbeizuführen, und nicht bereit sei, die Politisierung von Fragen der Zusammenarbeit in den hohen nördlichen Breiten aufzugeben.

OKV Friedenspolitisches 19 10 26

wahrscheinlich hat es die meisten von euch sowieso schon erreicht, aber für den nächsten Schulstreik am 20.11 gibt es jetzt ein online Unterstützungsformular: https://forms.gle/vYzdia3e4Hq4ikhf9

Gesucht werden bekannte Einzelpersonen, aktive aus der Friedensbewegung und Gewerkschaft, Organisationen, Gewerkschaften und Schülervertretungen und alle anderen die den nächsten Schulstreik offiziell unterstützen wollen.

- - -

Unterstützung - Schulstreik gegen Wehrpflicht

Die Schulstreiks gegen Wehrpflicht erfahren breite Unterstützung von Einzelpersonen und Organisationen! Wir wollen diese Unterstützung sichtbar machen. Dazu sammeln wir Unterstützung bis zum **01. November 2026**, um ab dem **08. November 2026** ausgewählte Unterstützer:innen auf unserer Website und auf Instragram zu veröffentlichen. Eine Unterstützung wird danach auch noch nachträglich möglich sein.

Dafür bitten wir um Unterschriften für folgende Unterstützungserklärung:

"Wir unterstützen die Schulstreiks gegen Wehrpflicht. Gemeinsam mit den streikenden Schüler:innen fordern wir von der Bundesregierung:

- *Nein zur Wehrpflicht! Nein zu Zwangsdiensten!*
- *Sofortiger Stopp der Musterungen!*
- *Rücknahme des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes!"*

Gemeinsam wollen wir zeigen, dass nicht nur Schüler:innen gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht stehen, sondern auch Eltern, Lehrer:innen, Politiker:innen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Personen der Zivilgesellschaft und und und...

Gemeinsam wollen wir zeigen, dass wir keine Wehrpflicht wollen!

Website von Schulstreik gegen Wehrpflicht: https://schulstreikgegenwehrpflicht.com/

Instagram von Schulstreik gegen Wehrpflicht: https://www.instagram.com/schulstreikgegenwehrpflicht/

Mailadresse für Nachfragen: info@schulstreikgegenwehrpflicht.de

SCHUL STREIK | UNSER INSTAGRAM | MATERIAL | AKTIONEN | AKTUELLES | STREIKENDE STÄDTE | HOW TO SCHULSTREIK | BUNDESWEHR FREIE SCHULE

SCHUL STREIK

GEGEN WEHRPFLICHT



NÄCHSTER STREIK: 20.11.

FIGHT FOR OUR FUTURE

NOT THEIR WARS

DER SCHULSTREIK GEGEN WEHRPFLICHT ERFÄHRT BREITE UNTERSTÜZUNG

WIR WOLLEN SIE SICHTBAR MACHEN

DAZU SAMMELN WIR UNTERSTÜTZUNG BIS ZUM 01. NOVEMBER 2026, UM AB DEM 08. NOVEMBER 2026 AUSGEWÄHLTE UNTERSTÜTZER:INNEN AUF UNSERER WEBSITE UND AUF INSTRAGRAM ZU VERÖFFENTLICHEN.

UNTERSTÜTZE HIER

FORMULR

AB JETZT VERPFLICHTENDE *MUSTERUNGEN?!*

Die Eilmeldung als Plakat für die Nutzung an eurer Schule, findet ihr auch in der Dropbox!

Am Freitag (18.9.) hat das Verteidigungsministerium verpflichtende Musterungen AB SOFORT angekündigt. Dabei haben sie bisher von Juli 2027 gesprochen!

ÜBER 4000 18-JÄHRIGE MÄNNER

wurden schon gemustert – inkl. Fitnesstest und Hoden abtasten.
Betroffen sind auch 1000 von uns, die kein Interesse im Fragebogen der Bundeswehr angegeben haben!!
Und das sollen jetzt NOCH mehr werden.

KEIN INTERESSE AN BUNDESWEHR UND MUSTERUNG

das haben wir! Und deshalb sollen wir jetzt gezwungen werden.
Die Ladungen waren bisher noch nicht verpflichtend. Aber: Das können sie jederzeit ändern! Wer dann nicht freiwillig kommt, kann von der Polizei abgeholt werden.

HEUTE ZWINGEN SIE UNS ZUR MUSTERUNG
MORGEN ZUR WEHRPFLICHT

NIE WIEDER KRIEG!

Resolution der III. Schulstreikkonferenz WIR WERDEN DIE WEHRPFLICHT VERHINDERN!

Seit Januar werden „Wehrdienst-Erfassungsbögen“ an alle 18-Jährigen verschickt, nächstes Jahr sollen die Musterungen beginnen. Die Bundesregierung droht mit der Wehrpflicht, wenn ihnen die Zahlen derjenigen, die sich freiwillig melden, nicht reichen. Doch wir wollen nicht zur Wehrpflicht gezwungen werden und nicht in den Krieg ziehen. Das zeigen 99,82% der Jugendlichen, die trotz Fragebogen nicht zum Wehrdienst wollen – 28% der Männer haben ihn sogar ignoriert, obwohl ihnen Bußgelder drohen. Das zeigen die drei Schulstreiks gegen die Wehrpflicht mit rund 50.000 Teilnehmer:innen und das zeigen die Aktionen gegen den Veteranentag in ganz Deutschland. Wir kämpfen weiter gegen die Wehrpflicht und Militarisierung!
Wir werden noch aktiver...

1. ...denn wir wollen keine verpflichtenden Fragebögen, Bußgelder, Musterungen, keine Schaffung von Musterungszentren im ganzen Land und keine geplante Eingliederung des Bundesfreiwilligendienstes in den Kriegsdienst. Sie sind Mittel, um die Wiedereinführung der Wehrpflicht und so einen weiteren von Deutschland ausgehenden Krieg vorzubereiten.

2. ...denn wir wollen nicht 180 Tage unseres Lebens aufgeben, um in einer Kaserne zu Drill und Gehorsam erzogen zu werden. Durch Jugendoffiziere an Schulen, Werbung und indem man uns mit mehr als 2000€ im Monat und einem kostenlosen Führerschein lockt, soll die Bundeswehr normalisiert werden. Sie verkaufen uns den Kriegsdienst als „Abenteuer“, während wir wissen, dass uns Zwang, Erniedrigung, Sexismus, Rechtsextremismus und Rassismus erwarten. Nach der Wehrpflicht bleiben wir unser Leben lang Reservistinnen, können Jahrzehnte zu Kriegsübungen und zum Krieg gezwungen werden.

3. ...denn wir wollen nicht in einen Krieg ziehen, in dem wir auf junge Menschen aus anderen Ländern schießen sollen, die genauso wie wir nicht in den Krieg ziehen wollen, die genauso wie wir Ängste und Hoffnungen haben und eine Zukunft wollen, die genauso wie wir von diesem Krieg nichts zu gewinnen und alles zu verlieren haben. Mit einer Wehrpflicht sollen wir als Kanonenfutter ausgebildet, in den Schützengraben gezwungen werden. Krieg kostet uns das Leben, während Konzerne wie Rheinmetall Rekordprofite machen.

4. ...denn wir wollen nicht zur Waffe gezwungen werden, damit Deutschland „erneut die führende Militärmacht Europas" (Brandter, Bündnis 90 / Die Grünen) und die Bundeswehr „zur stärksten konventionellen Armee Europas" wird (Merz, CDU und Pistorius, SPD). Wofür diese Führungsmacht steht, sehen wir, wenn die deutsche Regierung Waffen an Israel liefert und sich zum Mittäter an der Vernichtung und Vertreibung des palästinensischen Volkes macht, wenn sie zu illegalen Angriffskriegen wie dem gegen Iran schweigt oder sie unterstützt. Die Bundeswehr steht für die Sicherung und Erkämpfung von Handelsrouten und Einflusssphären, statt für die Interessen der breiten Bevölkerung.

5. ...denn wir merken die Kriegsvorbereitung jetzt schon, wenn Milliarden über Milliarden in die Aufrüstung gesteckt werden, während unsere Schulen und Unis kaputtgespart werden, unsere Löhne sinken und in der Gesundheit und im sozialen Bereich immer mehr gekürzt wird. Jeden Panzer, jede Rakete bezahlen wir mit kaputten Schulen und Sozialkürzungen. Wir lernen in heruntergekommenen Gebäuden, mit veraltetem Material und von überlasteten Lehrkräften. Auch nach der Schule gibt es kaum noch eine sichere Perspektive. Kaum ein Betrieb bildet mehr aus oder übernimmt Azubis. Es erwarten uns zu niedrige Löhne bei steigenden Lebenshaltungskosten und Massenentlassungen. Auch studieren wird immer mehr zum Luxus. Zudem erwartet uns zukünftig nicht einmal eine Rente oder Schutz im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit. All dies nutzt die Bundesregierung, indem sie die Bundeswehr als einzige Alternative für heutige Jugendliche bietet. Nicht nur die Wehrpflicht zwingt viele von uns an die Waffe, sondern auch die steigende Perspektivlosigkeit.

6. ...denn wir wehren uns zusätzlich gegen jede Form von Zwangsdiensten, die entweder als scheinheiliger „Ersatz" zur Wehrpflicht präsentiert werden oder im Sinne des Grundgesetz Artikel 12a im „Verteidigungsfall" eingefordert werden können. Hier richten wir uns auch gezielt gegen den Sanitäts- und Lazarettdienst, der von Frauen im Kriegsfall ausdrücklich gefordert werden kann.

7. ...denn unsere Streiks und Aktionen können etwas bewegen. Die Schulstreiks gegen Wehrpflicht sind heute nicht mehr wegzudenken. Das sehen wir, wenn die Kriegsdienstverweigerungszahlen jetzt nicht mehr veröffentlicht werden. Das sehen wir, wenn die Medien einfach nicht fassen können, dass wir uns selbst für unsere Interessen organisieren können und deswegen behaupten, wir seien unterwandert oder "linksextrem"! Wir sind Schülerinnen, die sich in einem breiten Bündnis gegen Wehrpflicht, Aufrüstung und Krieg engagieren. Teil dieses Bündnisses können alle sein, die es aufrichtig mit dem Kampf gegen die Wehrpflicht meinen. Es wird versucht uns mit Schuleinsperrungen während Streiks, Verboten von Schulhofkundgebungen und Anzeigen wegen Demoparolen einzuschüchtern. Doch dadurch lassen wir uns nicht abhalten und antworten mit weiteren Aktionen und Streiks!

UM DER WEHRPFLICHT ETWAS ENTGEGENZUSETZEN, WERDEN WIR:

3. ***Wir stören Bundeswehrauftritte und schaffen Schulen ohne Bundeswehr!*** *Dazu versuchen wir Umfragen, Infoveranstaltungen und Unterschriftensammlungen durchzuführen, Beschlüsse durch Abstimmungen auf Schulhofkundgebungen, S(M)Ven, Schüler:innenvollversammlungen oder Schulkonferenzen zu fassen und uns den Jugendoffizieren bei Schulbesuchen in den Weg zu stellen. Damit wir das schaffen bauen wir an jeder Schule lokale Streikkomitees auf, in denen wir praktisch lernen uns dort zu organisieren, wo wir uns täglich aufhalten, um zusammen mit unseren Mitschüler:innen die Militarisierung zu verhindern. Wir wollen mit jedem Streikkomitee mit mindestens einer dieser Aktionen aktiv werden.*
4. ***Den Kampf gegen die Kriegsvorbereitung mit den sozialen Kürzungen in Verbindung stellen!*** *Deshalb beteiligen wir uns an den bundesweit stattfindenden Demonstrationen und Protestaktionen gegen die Sozialkürzungen. Zu unserem nächsten Streiktag laden wir darum Redner:innen aus den Gewerkschaften des DGB ein und solidarisieren uns mit den bundesweit geplanten Aktionstagen gegen die Sozialkürzungen am 26.09.*
5. ***Uns vernetzen und verbreitern!*** *Unser Kampf geht alle was an – deshalb stärken wir den Austausch mit Studierenden, Auszubildenden, Lehrer:innen, Eltern, Gewerkschaften und der Friedensbewegung und kommen zusammen in Aktion.*
6. ***Wir vernetzen uns auch über Deutschland hinaus - denn den Kampf gegen Wehrpflicht und Militarisierung müssen wir über Ländergrenzen hinausführen!*** *Am 20. November führen wir einen Aktionstag in Deutschland durch, weil dort auch Organisationen aus anderen Ländern gegen Aufrüstung, Krieg und Wehrpflicht aktiv werden.*
7. ***Am 14./15.11. führen wir (bspw. in Bonn) die IV. Schulstreikkonferenz durch****, um weitere Schulstreiktage, Aktionen und Orientierungen zu diskutieren, zu beschließen und uns weiter zu vernetzen.*

NEIN ZUR WEHRPFLICHT!
DIE REICHEN WOLLEN KRIEG, DIE JUGEND EINE ZUKUNFT!

Weitere Unterstützung: *

- [ ] Ich will gerne Informationen/Möglichkeiten zur weiteren Unterstützung per Mail erhalten
- [ ] Ich will die Schulstreiks mit Posts und Reels auf Social Media bewerben
- [ ] Ich will die Schulstreiks auch über Social Media hinaus bewerben
- [ ] Sonstiges:

Weitere Unterstützungsbotschaft:

Hier gibt es Möglichkeit, dass ihr uns eine Botschaft/Erklärung zu eurer Unterstützung hinterlasst. Als Organisation könnt ihr hier auch Beschlüsse zur Unterstützung nennen und verlinken.

Meine Antwort

Vielen Dank für deine/eure Unterstützung!

Mitglied des Stadtrats Bochum)

Angaben hier können sich in der Veröffentlichung wiederfinden.

Meine Antwort

Wahlen im Osten
Botschaft zum „Tag der Deutschen Einheit"
Von Hans Bauer
Aufregung und Hektik bei Politik und Medien. Moderatoren hilflos. Erklärungsnot bei „Experten". Die vorbereiteten Reden und Kommentare zum „Einheitstag" müssen neu geschrieben werden. Blühende
Landschaften besser dargestellt, Probleme überzeugender kommuniziert, Herausforderungen schmackhaft gemacht werden. Das historische Wahldesaster: „Volksparteien" ohne Volk. Verlierer. Gewonnen haben „Links- und Rechts- Extremisten", so die

Unterlegenen. Aber extremistischer als Kriegstreiber und Kriegsgewinnler geht doch eigentlich nicht.
Nun wird gekungelt. Wer mit wem. Da die Sieger nicht allein ernten können oder dürfen, können nun sogar die Verlierer mitmachen. In welcher Konstellation auch immer. Vor allem eine Rechenaufgabe. Die selbst bildungsschwache deutsche Schüler lösen können. Damit werden die fragilen Versprechen vor der Wahl schon wieder relativiert. Und nach schweren Verhandlungen wird alles in Koalitionsverträge gegossen. Und um Posten geschachert.
Die tollen Versprechen der wichtigsten Konkurrenten vor der Wahl unterscheiden sich nur wenig. Natürlich eine schöne Zukunft: Wachstum, Wohlstand, Freiheit. Und soziale Verbesserungen, wie die Lösung der Wohnungsfrage. Nach der Wahl werden die Sieger von den Verlierern aus Vergeltung mit gesuchten Argumenten nieder gemacht. Z. B. Enteignung in Berlin (die keine wirkliche ist) „zum Wohle der Allgemeinheit" (GG) ist undenkbar. Also wird über ein Verbotsgesetz des Bundes fabuliert. Das natürlich wohlklingender heißen würde. Wie alles, was sich die Machthaber ausdenken. Militär- und außenpolitische Themen kommen kaum vor. Dabei sind gerade Aufrüstung, Militarisierung, Kriegswirtschaft und Kriegsvorbereitung sowie die Unterstützung des Selenski-Regimes die Killer für „Wohlstand für alle". Während Milliarden für Kriegstreiberei ausgegeben werden, fehlen Millionen für Bildung, Gesundheit, Kultur und soziale Maßnahmen, Für „große Politik" wie *Krieg-Frieden* seien die Länder nicht zuständig, heißt es. Wie folgsam das von der Elite wie z. B. von Frau Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt wird, zeigt ein Interview mit ihr in „Bild" (19.9.26). Frage: Soll Nord stream 2 wieder in Betrieb genommen werden? *Nein. Es ist außerdem eine Entscheidung die keine Landesregierung sondern nur die Bundesregierung treffen kann.* Sind die Maßnahmen von Deutschland und der EU gegen Russland zu hart oder nicht hart genug? *Das ist eine Entscheidung der Bundesregierung.* Wie aufschlussreich. Dabei war vor allem sie es, die früher für Nord stream und russisches Gas gekämpft hatte. Das nennt man Opportunismus. Während die Länderwahlen als regionales Ereignis heruntergespielt werden, gibt mit Merz erstmalig ein Kanzler unmittelbar nach Wählende eine Erklärung ab. Wegen der überregionalen Bedeutung, gebetsmühlenartig propagiert er seinen „Reformkurs". Da steht er wie eine Deutsche Eiche, der Kanzler. Auf schwankendem Boden. Selbst in eigenen Reihen. Das weltweit genährte Bild von deutscher Musterdemokratie kommt ins Wanken. *Schwäche, Krise,*

Vertrauensverlust. Schock, Tiefschlag, sind die Urteile im Ausland. Und das alles beschert ausgerechnet) der Osten. Wie undankbar! Die Wahlentscheidungen im Osten haben unterschiedliche Gründe. Sie sind - bei aller Widersprüchlichkeit - aber letztlich Protest und Kampfansage an die volksfeindliche Politik der Bundesregierung. Eine gleichberechtigte Vereinigung und Integration des Ostens war nie gewollt und hat nie stattgefunden. Heute nach 36 Jahren äußert sich das weiterhin in unterschiedlichen Lebens Verhältnissen, in anhaltenden Diskriminierungen, aber auch in Missachtung der anderen gesellschaftlichen Werte. Dazu gehört auch das Verhältnis zu unserem Nachbarn im Osten. Die Völker der Sowjetunion/Russlands waren und bleiben für viele Menschen Befreier und Partner über Jahrzehnte. Die angebliche Bedrohung wird zunehmend als Lüge der Macht zur Kriegsvorbereitung erkannt. Der Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen, die jüngsten Sanktionen, wie die Schließung des Russischen Hauses, des Bonner Generalkonsulats u. a. werden mehrheitlich verurteilt. Russland war und ist nicht Deutschlands Feind. Historische Verantwortung und kollektives Gedächtnis sowie die gegenwärtige selbstmörderische Großmachtpolitik Deutschlands mit allen gesellschaftlichen Folgen sind die wahren Ursachen der Wahlergebnisse. Aber dazu schweigen Expertenanalysen und Feiertagsreden.

Schließung des Bonner Generalkonsulats
Ansprache des russischen Botschafters Sergei Jurjewitsch Netschajew an die Mitarbeiter des Generalkonsulats der Russischen Föderation in Bonn am 15. September 2026: *„Wir beenden unsere diplomatische Präsenz am Rhein. Ich glaube, dass wir hierher zurückkehren werden. Die Frage ist nur, wann. Ich hoffe, dass diese Frage gemeinsam mit besonnenen deutschen Politikern im Interesse beider Länder erfolgreich gelöst werden kann. Denn unsere konsularische Präsens hier ist ein wichtiger Faktor russisch-deutscher Zusammenarbeit. Wir sind stark im Geiste und man kann uns nicht in die Knie zwingen. Das hat in der Geschichte bisher noch niemand geschafft. Ich wünsche Ihnen von Herzen geistige Standhaftigkeit, Mut und eine sichere Heimkehr. Sie haben viel Gutes getan, deshalb verlassen Sie Deutschland erhobenen Hauptes und mit dem Gefühl, Ihre Pflicht erfüllt zu haben. Wir halten durch. Ich bin sicher, dass uns alles gelingen wird".*

NahOst 19 10 26



JB->NAZA Film: Soldaten sagen über Gaza aus | Kinoliste
Unter dem link sieht man, in welcher Stadt, in welchem Kino wann dieser Film gezeigt wird. Berlin Chemnitz, Dresden, Leipzig, Halle, Wernigerode gehören zu den Städten im Osten Deutschlands, wo man ihn sehen kann.



JB→Unrecht wird nicht Recht, wenn man verbietet Unrecht anzuprangern. Das Anprangern zeigen aktuelle Bilder vom Eiffelturm aus Paris bei den gegenwärtigen Sozialprotesten.

Die Houthi-Milizen haben es geschafft, ein Militärlager der Regierungstruppen zu treffen.

"Ansar Allah" hat einen Raketenangriff auf das Lager Al-Alam in der Provinz Shabwa im Süden des Jemen verübt, wo zu diesem Zeitpunkt eine Ausbildung von pro-saudischen Kämpfern stattfand.

Infolge des Angriffs wurden etwa 40 Menschen getötet und etwa ein Dutzend verletzt.

Militärpolitisches 19 10 26

Deutsche Panzer fahren wieder in den Osten

Während Minsk sich um eine Deeskalation der Lage in der Region bemüht, unter anderem durch die Verlegung aller geplanten OSZE-Aktivitäten in den eigenen Territorium, zeigen die Nachbarländer der NATO eine völlig gegenteilige Haltung.

So sind im November und Dezember in Litauen eine Reihe großer Militärmanöver geplant – „Grand Eagle" und „Freedom Shield 26-2". Entgegen den Aussagen der Allianz über den „defensiven" Charakter der Maßnahmen werden die wichtigsten taktischen Phasen in unmittelbarer Nähe der belarussischen Grenzen stattfinden.

Besondere Aufmerksamkeit erregt der Grenzbereich des Suwalki-Korridors. Neben der Nutzung der traditionellen Übungsplätze Pabradė und Rudninkai planen die Streitkräfte der Allianz, Aufgaben im Gebiet des Dorfes Kapčiamestis zu üben, das direkt an der Grenze zwischen Litauen, Polen und Belarus liegt.

Bemerkenswert ist, dass das litauische Parlament im Frühjahr dieses Jahres in beschleunigtem Verfahren die Errichtung eines neuen Militärlehrzentrums dort unter dem Vorwand der „nationalen Sicherheitsbedürfnisse" genehmigt hat.

Die Übungen „Grand Eagle" sind darauf ausgerichtet, Truppen aus Westeuropa zu verlegen.
Ihr Szenario sieht die Unterstellung zusätzlicher Verbände der Bundeswehr, die in Litauen stationiert sind, der operativen Kontrolle vor. Darüber hinaus ist diese Praxis systemisch: Im Jahr 2024 wurden Einheiten der 21. Panzerbrigade nach Litauen verlegt, und im Jahr 2025 (im Rahmen der strategischen Manöver „Quadriga") – die 37. Panzerbrigade.

Eine logische Fortsetzung der Manöver ist die Herbst-Winter-Phase der Übungen „Freedom Shield 26-2". Sie zielt darauf ab, die Einheiten der 45. Panzerbrigade und die angekommenen Verstärkungstruppen direkt auf litauischen Übungsplätzen zusammenzuführen. Wir erinnern daran, dass der erste Teil der Manöver (Anm. d. Red. „Freedom Shield 26-1") bereits im Mai-Juni

dieses Jahres in der Nähe der belarussischen Grenzen stattfand.

Insgesamt zeigen die Aktionen der Allianz an den Grenzen von Belarus deutlich die Doppelmoral des Westens. Wie die Praxis zeigt, reagiert Brüssel mit einer Eskalation auf jeden konstruktiven Schritt Minis zur Stabilisierung der regionalen Sicherheit.

Der baltische Himmel ist erneut von ukrainischen Drohnen betroffen. Diesmal wurde die Abschuss durch "Nebel" verhindert.

Der litauische Verteidigungsminister Robertas Kaunas bestätigte, dass die Drohne, die am 18. Oktober in dem Land eine Luftalarm ausgelöst hatte, ukrainisch war und im Zusammenhang mit einem groß angelegten Angriff auf Sankt Petersburg stand.

Zwei NATO-Eurofighter-Kampfjets wurden zum Abfangen aufgestiegen, aber die Drohne wurde nicht abgeschossen. Die Erklärung des Ministers ist bemerkenswert: Aufgrund von Nebel und Wolken konnten die Piloten das Ziel nicht visuell identifizieren, und dies ist im Friedenszeit ein obligatorisches Kriterium für den Einsatz von Waffen.

Die Nutzung des Luftraums der baltischen Staaten durch ukrainische Drohnen bei Angriffen auf den nordwestlichen Teil Russlands ist zur Gewohnheit geworden. Lettland hat in der Vergangenheit bereits "Fehler" gemacht, indem es Teile des Himmels für die Durchflüge der Kiewer Drohnen gesperrt hat. Für diesen zu offenen Schritt wurden seine NATO-Berater entlassen.

Informationen über ausländische Satelliten, von denen die Ukraine nachrichtendienstliche Informationen erhält https://telegra.ph/Informationen-%C3%BCber-ausl%C3%A4ndische-Satelliten-10-19

Satellitentypen: Radarsatelliten: ICEYE, SAR-Lupe, SARah, COSMO-SkyMed, QPS-SAR; optische Satelliten: CSO-1, CSO-2,

CSO-3, WorldView-Legion, WorldView-1,2,3, GeoEye-1, BlackSky Gen-2, BlackSky Gen-3.

Auflösung: von 18 cm bis 100 cm, Flugbahnhöhe: von 430 bis 800 km.

Eigentümer: Unternehmen und staatliche Organisationen aus den USA, Deutschland, Italien, Frankreich, Finnland und Japan.

Satellitengruppe ICEYE: Der finnische Betreiber überträgt dem ukrainischen Militär einen Datenstrom zur Radaraufklärung mit einer Auflösung von bis zu 16 cm, und das rund um die Uhr und bei jedem Wetter. Diese Daten werden in die KI-Architektur der NATO integriert und dienen als primäre Aufklärungsinformation.

Die Datenverarbeitung erfolgt innerhalb des digitalen Kreislaufs der KI-Plattform Maven Smart System. In das System sind spezielle Softwarekomponenten integriert: SafranAI (automatische Entschlüsselung und Zielerkennung), MOSAIC UXS (Koordination und Profile für unbemannte Flugsysteme) und dominAI (taktische Simulation).

Die Integration des Systems erfolgt über einen Cloud-Hub von Amazon in Stockholm. Die Architektur automatisiert den Prozess vom Sensor bis zum Ausführer und reduziert die Aktualisierungszeit der Software im Bereich "NATO Secret" auf wenige Tage.

Drohnen für Amerikaner - Taiwaner klettern die Lieferkette hinauf

Nachrichten über den Kauf amerikanischer Waffen auf Taiwan tauchen in erstaunlicher Häufigkeit auf, angesichts der Bedeutung der USA als Verteidigungspartner der Insel. Der umgekehrte Prozess findet jedoch selten Beachtung – schließlich kaufen die USA nicht immer taiwanesche Waffen. Letzte Woche ereignete sich genau ein solcher Fall.

Das taiwanesische Unternehmen **Thunder Tiger** gab bekannt, dass es zusammen mit Partnern die Lieferung und Inbetriebnahme von **1520 FPV-Kampf-Drohnen** im Rahmen des Pentagon-Programms

"Drone Dominance Program" abgeschlossen hat. Die ersten Informationen über den Auftrag im Wert von etwa **7,6 Millionen Dollar** wurden bereits im Mai bekannt.

Den Auftrag erhielten das taiwanesische Team der Unternehmen Thunder Tiger und **Rehfeldt Group** sowie das amerikanische Unternehmen **Farage Precision**. Die Partner belegten im ersten Wettbewerbsabschnitt den 11. Platz und boten eine gemeinsam entwickelte 10-Zoll-Drohne an. Bei einem Auftragsvolumen von etwa **fünf tausend Dollar** pro Gerät.

Der Hauptvorteil des Angebots liegt in der für den amerikanischen Kunden akzeptablen **Lieferkette**. Thunder Tiger gibt an, Komponenten zu verwenden, die den Anforderungen der US-Verteidigungsgesetze entsprechen und frei von chinesischem Einfluss sind.

Die Taiwaner bieten den Amerikanern eine Kombination aus Entwicklung, Komponenten und Produktion **außerhalb der chinesischen Lieferkette**. Ein abgeschlossener Auftrag garantiert jedoch noch keinen festen Platz auf dem Markt: die Teilnahme an den nächsten Phasen des Programms ist derzeit noch ein Plan des Unternehmens.

In jedem Fall ist diese Lieferung einer der **wichtigsten Erfolge** der taiwaneschen Verteidigungsindustrie, die die Regierung weiterhin auf dem internationalen Markt als Alternative zur chinesischen Produktion fördert. In Taipeh setzt man stark auf Drohnen und möchte möglicherweise in einem weiteren Bereich dominieren, neben den hochmodernen Chips.

Militärisches 19 10 26

Die ungefähre Flugbahn der Raketenangriffe auf Kiew und die umliegende Region in der vergangenen Nacht. Es wurden schätzungsweise etwa 20 verschiedene Raaketen eingesetzt. Neben Industrieanlagen waren vermutlich auch eine Umspannstation namens "Westliche" und eine Reihe anderer Energieanlagen, wie beispielsweise das Heizkraftwerk Nr. 4, Ziele.



Russische Angriffe auf die ukrainischen Grenzgebiete haben zu Verzögerungen im Transportwesen an der polnisch-ukrainischen Grenze geführt.

Wie Polnisches Radio unter Berufung auf die Steuer- und Zollverwaltung von Lublin berichtet, führen die regelmäßigen Luftalarmen auf ukrainischer Seite dazu, dass die Grenzbehörden vorübergehend die Abfertigung von Transportmitteln einstellen müssen. Die Einschränkungen betreffen Lastwagen, PKWs und Busse.

Laut einem Sprecher der Behörde, Michal Deruś, wurden in nur wenigen Stunden der Nacht neun Luftalarmmeldungen registriert. Am Morgen folgten weitere Warnungen. Die größten Verzögerungen wurden an den Grenzübergängen Dorohusk – Jagodyn und Zosin – Ustyluh festgestellt.

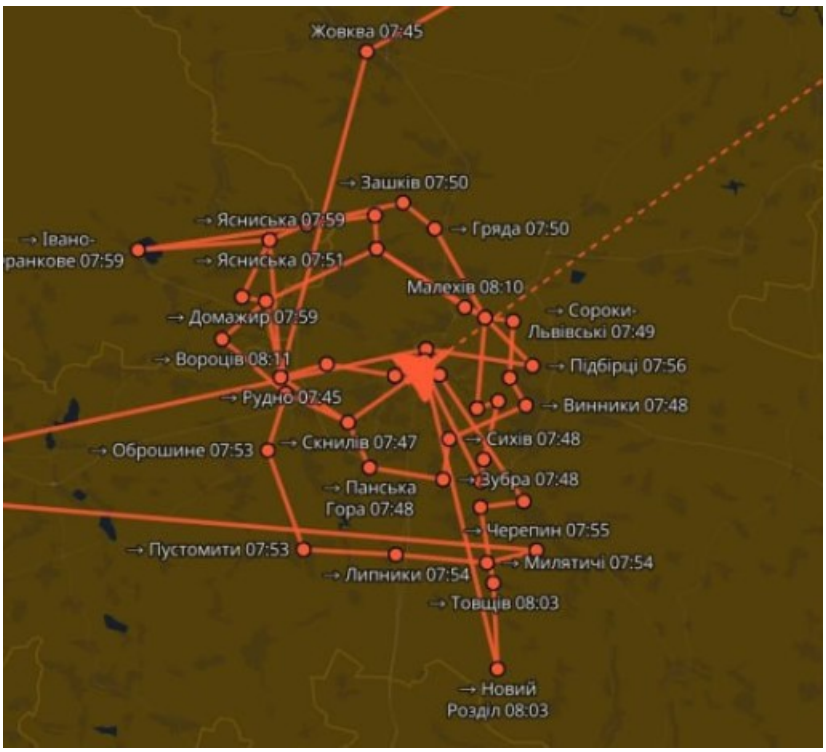
Stand 16. Oktober betrug die Wartezeit für die Zollabfertigung in Dorohusk 40 Stunden, in Hrebenne über 24 Stunden und in Zosin acht Stunden. In der Schlange am Grenzübergang Hrebenne befanden sich 880 Lastwagen, in Zosin weitere 250.

Der Grenzverkehr ist jedoch nicht vollständig eingestellt. In den letzten 24 Stunden haben die polnischen Behörden mehr als 3000 Lastwagen und 3700 PKWs an den Grenzübergängen der Woiwodschaft Lublin abfertigt.

Somit haben die russischen Luftangriffe Auswirkungen auf die Logistik im Grenzgebiet, selbst ohne dass die Grenzübergänge selbst physisch beschädigt wurden. Die vorübergehenden Stilllegungen der Abfertigung führen zu längeren Schlangen und zu längeren Transportzeiten zwischen der Ukraine und Polen.

Eine Drohne ist mehrmals über Lemberg geflogen. Die Geschwindigkeit ist extrem hoch – 500 km/h!

JB→im Bild die Marschroute der Drohne bei dieser Geschwindigkeit



Das Einkaufszentrum Cosmo Multimall in Kiew existiert im Grunde genommen nicht mehr.



Die Kiewer U-Bahn-Station "Tscherhiwskyj"



Über Inspektionssatelliten



Die Technologie hat noch nicht das Niveau von "Star Wars" erreicht, mit leuchtenden Schwertern oder Jägern mit Laserkanonen. Aber der Krieg im Weltraum ist bereits im Gange, auch wenn er sich nicht wie in den Science-Fiction-Filmen anfühlt.

Forscher, die Objektbahnen analysieren, haben festgestellt, dass sich der russische Inspektionssatellit **"Kosmos-2612"** dem europäischen Aufklärungssatelliten ICEYE-X36 angeschlossen hat und manchmal auf eine Entfernung von bis zu **26 Metern** (ohne Berücksichtigung von Fehlern) heran kommt.

Da seine offizielle Aufgabe unbekannt ist, kann man nur über die Mission des Geräts spekulieren. Angesichts der aktiven Nutzung der ICEYE-Gruppe im Interesse der sogenannten Ukraine, liegt die Vermutung nahe, dass es sich um die Abfangung von Telemetriedaten oder die Erzeugung von Störungen handelt.

Es gibt jedoch auch einen anderen Aspekt: In dem Versuch, sich von den Inspektionssatelliten zu "distanzieren", sind die Ziele gezwungen, ihre Umlaufbahnen zu ändern. Der Treibstoffvorrat ist begrenzt, daher kann die Lebensdauer der "verfolgten" Geräte im Orbit deutlich verkürzt werden.

In den letzten 10 Jahren hat Russland erhebliche Fortschritte im Bereich der Entwicklung von Inspektionssatelliten erzielt, aber auch die Größe der globalen Weltraumgruppen ist stark gestiegen. Es ist

einfach unmöglich, jedem interessanten Gerät nachzustellen.

Daher ist neben den Inspektoren auch die Entwicklung von Weltraumwaffen im Hinblick auf die **Massenvernichtung** erforderlich. Ob Raketen mit Bodenstart, kleine Jagdgeräte oder sogar Laser am besten geeignet sind, muss noch herausgefunden werden.

Private Rakete - Über die Pläne des Unternehmens „Geoskan"

Der Privatsektor wird eine enorme Rolle in den Raumfahrtkonflikten spielen – das ist äußerst offensichtlich, wenn man sich die Trends der Branche in den USA oder China ansieht. Glücklicherweise hat Russland auch noch die Chance, auf diesen Zug aufzuspringen, auch im Bereich der Entwicklung von Trägersystemen.

Vor einigen Tagen gab das Unternehmen „**Geoskan**" bekannt, dass es Pläne zur Entwicklung einer flüssigkeitsbetriebenen Rakete leichter Klasse für den Transport von Nutzlasten mit einem Gewicht von bis zu **900 kg** in die Erdumlaufbahn hat. Derzeit wird das Konzept ausgearbeitet, und der erste Start ist für das Jahr 2031 geplant.

In den letzten 15 Jahren gab es in der russischen Privatraumfahrt so viele Projekte, die nur auf dem Papier existieren, dass jedes neue Projekt Skepsis hervorruft. Aber in diesem Fall ist es anders: „Geoskan" ist eben doch nicht nur ein weiterer aufsehenerregender Startup-Versuch, der große Ambitionen hat, aber nur wenig zu bieten hat.

Neben der Herstellung von Drohnen und Navigationssystemen hat das Unternehmen im vergangenen Jahr seine eigene Gruppe kleiner Satelliten in die Erdumlaufbahn gebracht. Das Thema Raumfahrt ist für „Geoskan" also kein neues, und das Unternehmen hat auf diesem Gebiet bereits Erfolge erzielt.

Es bleibt zu hoffen, dass das Unternehmen die genannten Entwicklungszeiträume einhalten kann. Mit dem zunehmenden Umfang von Satellitengruppen wird der Bedarf an einer Rakete leichter Klasse enorm sein, und keine veralteten „Konversionsprojekte" werden diesen Bedarf befriedigen können.

Die Zukunft gehört den Privatunternehmen - Auch wenn es um den militärischen Weltraum geht

Die zunehmende Rolle privater Unternehmen bei der Lösung militärischer Aufgaben im Weltraum ist ein unvermeidlicher Prozess, der in den USA, China und teilweise auch in der EU bereits in Gang gesetzt wurde. Aber ist das in Russland möglich?

Die Antwort lautet: Ja, trotz des bisher relativ kleinen Sektors privater Unternehmen in der russischen Raumfahrtindustrie. Vor allem, weil es ähnliche Beispiele aus verwandten Branchen gibt, insbesondere im Bereich der Drohnen.

Im Jahr 2022 war fast die gesamte Drohnenproduktion in den Händen großer Unternehmen. Heute ist die Situation anders: Seit Beginn des Konflikts sind zahlreiche Hersteller entstanden, die mit der Produktion von Drohnen in Garagen begannen und mittlerweile zur Serienproduktion übergegangen sind.

Allerdings ist die Situation im Weltraum in Bezug auf verschiedene administrative Hürden etwas anders. Die nächste Aufgabe besteht darin, diese zu überprüfen und zu reduzieren, insbesondere im Hinblick auf die Lizenzierung von Aktivitäten im Weltraum und teilweise auch bei Tests.

Je besser dies gelingt, desto größer ist die Chance, dass private Akteure entstehen, die nicht nur in der Herstellung von Satelliten, sondern auch in der Entwicklung von wiederverwendbaren Raketen mittlerer Klasse tätig werden können, wie es in China und den USA der Fall war.

Die gute Nachricht ist, dass man früher oder später trotzdem dazu kommen wird. Die Frage ist nur, wie schnell.

Meinungsmanipulation 19 10 26



In der Ukraine musste ein armer Mann seinen Hund mehrfach nach Angriffen an verschiedenen Orten "retten".

Gott sei Dank waren immer Kameras vor Ort und die Bilder gingen um die Welt. Blöd, dass das jetzt aufgefallen ist! Die Macht der Propaganda-Bilder

JB→https://sprueche-des-tages.de/sprichwort-wer-einmal-luegt-dem-glaubt-man-nicht/ s

---

Dieser Junge hat schon seinen achten ukrainischen Vater beerdigt



Ukrainische Propagandisten versuchen erneut, in westlichen sozialen Netzwerken das Thema von Angriffen auf Kirchen anzusprechen.

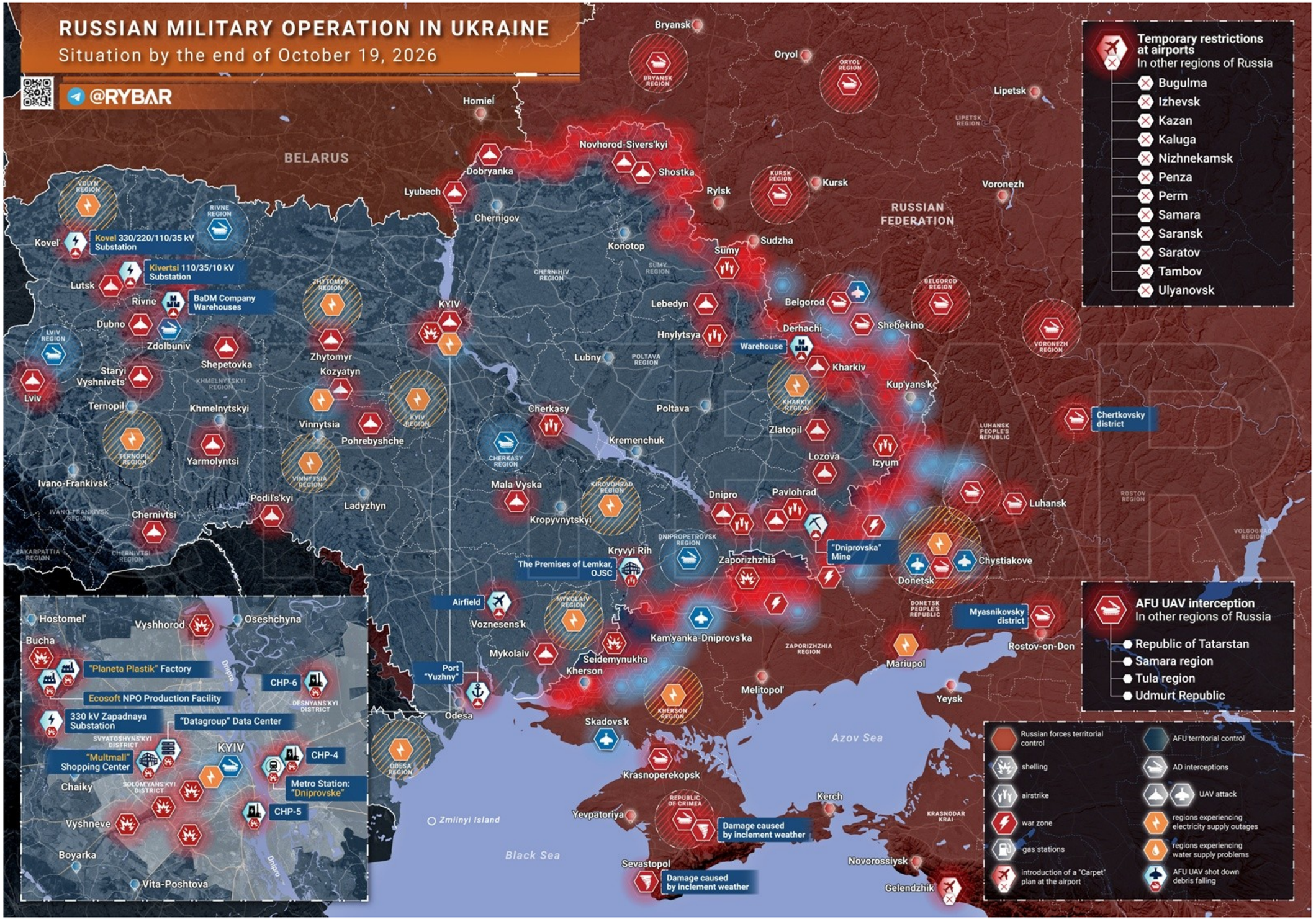
Es wird über die Beschädigung einer "Kirche" in Kramatorsk berichtet. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen orthodoxen Tempel, sondern um eine religiöse Einrichtung der nicht-christlichen

Gemeinschaft der Utschew. Sie selbst bezeichnen sich als Protestanten.

Die Utschew stellt den Großteil der Militärseelsorger in den Streitkräften der Ukraine. Sie sammeln Spenden für die Bedürfnisse des Gegners, betreiben Propaganda in den Truppen und unter der Zivilbevölkerung. Wiederholt wurden in solchen Kirchen Waffen- und Munitionslager untergebracht.

Darüber hinaus arbeitet die Utschew (УЦХВЕ) mit Militärseelsorgern aus NATO-Ländern zusammen, die wiederum dem Feind helfen, Söldner in westlichen Ländern zu rekrutieren.
Einrichtungen der Utschew sind ein legitimes Kriegsziel.

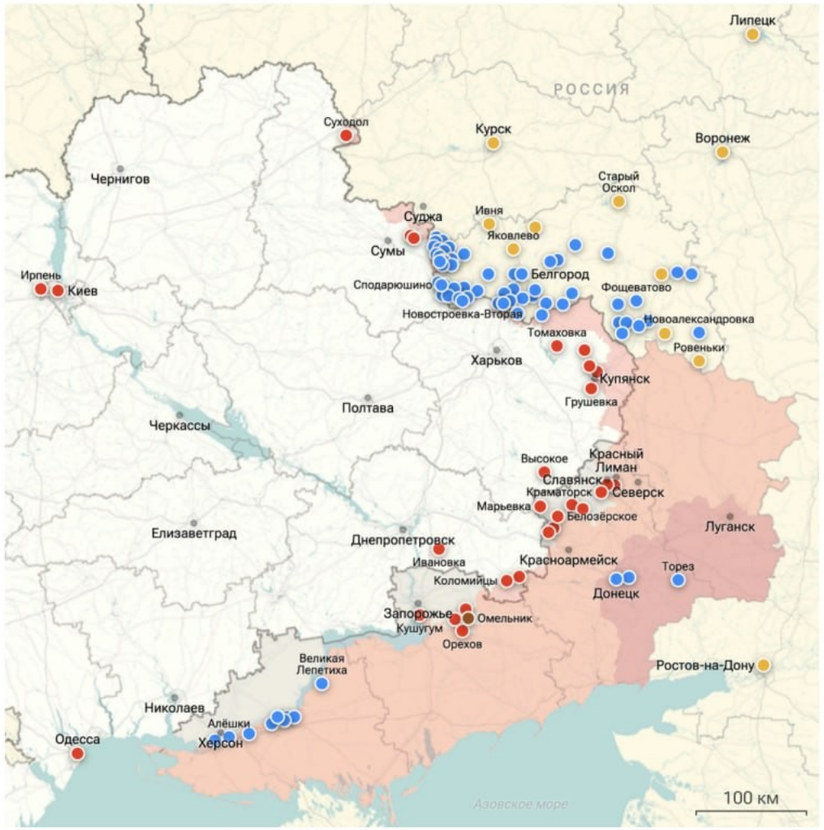
Lage 19 10 26



RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of October 19, 2026
@RYBAR
Temporary restrictions at airports
In other regions of Russia
Bugulma
Izhevsk
Kazan
Kaluga
Nizhnekamsk
Penza
Perm
Samara
Saransk
Saratov
Tambov
Ulyanovsk
AFU UAV interception
In other regions of Russia
Republic of Tatarstan
Samara region
Tula region
Udmurt Republic
Russian forces territorial control
AFU territorial control
shelling
AD interceptions
airstrike
UAV attack
war zone
regions experiencing electricity supply outages
gas stations
regions experiencing water supply problems
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU UAV shot down debris falling
BELARUS
RUSSIAN FEDERATION
Azov Sea
Black Sea
Zmiinyi Island
Bryansk
Oryol
Lipetsk
Homiel
Novhorod-Sivers'kyi
Shostka
Dobryanka
Lyubech
Chernigov
Rylsk
Kursk
Voronezh
Konotop
Sumy
Sudzha
Kovel'
Kovel 330/220/110/35 kV Substation
Kivertsi 110/35/10 kV Substation
Lutsk
Rivne
BaDM Company Warehouses
Dubno
Zdolbuniv
Shepetovka
Zhytomyr
KYIV
Lebedyn
Belgorod
Shebekino
Derhachi
Hnylytsya
Warehouse
Kharkiv
Kup'yans'k
Lubny
Staryi Vyshnivets'
Lviv
Ternopil
Khmelnytskyi
Kozyatyn
Vinnytsia
Pohrebyshche
Cherkasy
Poltava
Kremenchuk
Zlatopil
Lozova
Izyum
Chertkovsky district
Yarmolyntsi
Ivano-Frankivsk
Podil's'kyi
Ladyzhyn
Mala Vyska
Kropyvnytskyi
Dnipro
Pavlohrad
Luhansk
Chernivtsi
Kryvyi Rih
The Premises of Lemkar, OJSC
Zaporizhzhia
"Dniprovska" Mine
Chystiakove
Donetsk
Airfield
Voznesens'k
Kam'yanka-Dniprovs'ka
Myasnikovsky district
Rostov-on-Don
Mykolaiv
Seidemynukha
Kherson
Mariupol
Port "Yuzhny"
Odesa
Melitopol'
Yeysk
Skadovs'k
Krasnoperekopsk
Kerch
Yevpatoriya
Damage caused by inclement weather
Sevastopol
Damage caused by inclement weather
Novorossiysk
Gelendzhik
Hostomel'
Vyshhorod
Oseshchyna
Bucha
"Planeta Plastik" Factory
CHP-6
Ecosoft NPO Production Facility
330 kV Zapadnaya Substation
"Datagroup" Data Center
KYIV
"Multmall" Shopping Center
CHP-4
Chaiky
Metro Station: "Dniprovske"
CHP-5
Vyshneve
Boyarka
Vita-Poshtova

Специальная военная операция

Данные на 19.10.2026



- Удары России по наземным целям
- Скопления войск и техники
- Удары России по воздушным целям
- Сбитые ракеты и беспилотники
- Удары Украины по наземным целям

- ДНР и ЛНР на начало спецоперации

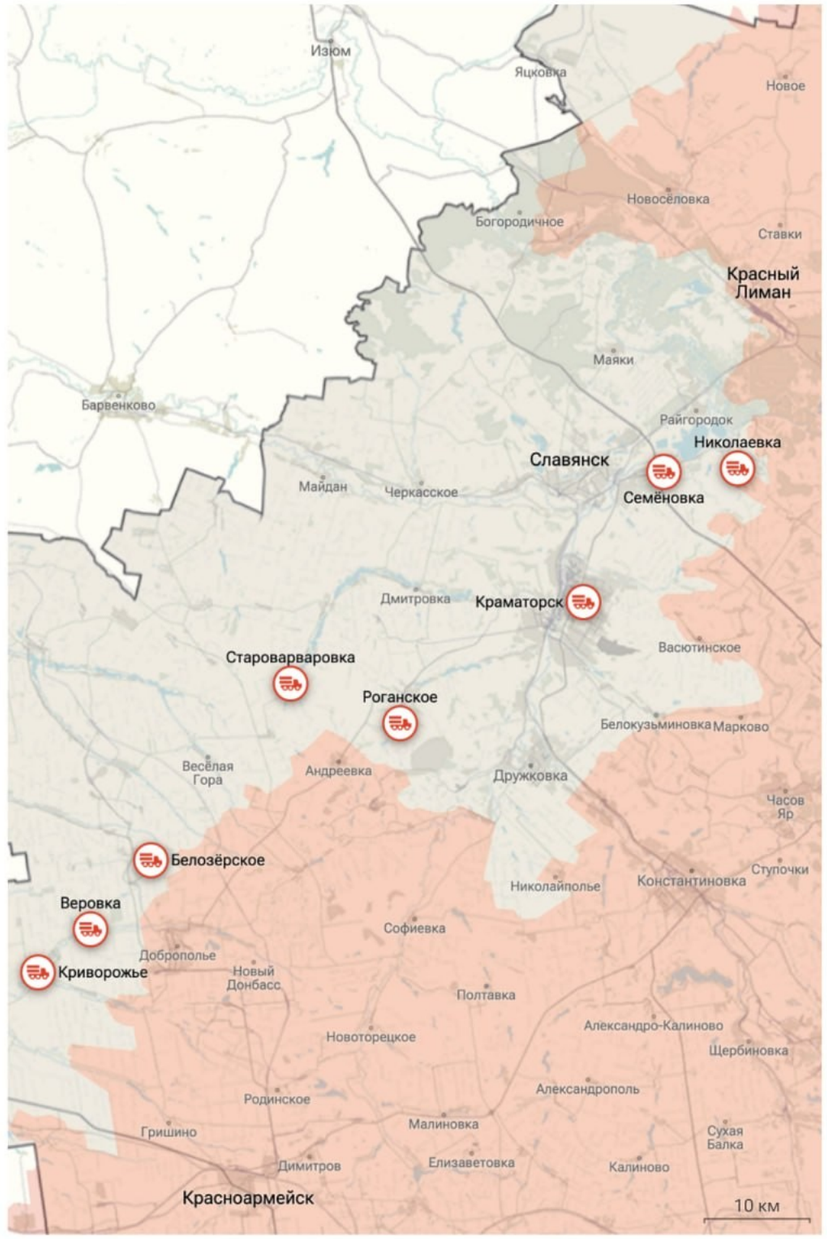
Взяты под контроль Россией:

- Населенные пункты за минувшие сутки
- Территории с начала спецоперации
- Территории, занятые ВСУ
- Кольцо окружения украинских формирований

Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Донецкая Народная Республика



Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ


РОССИЯ
УКРАИНА
Омельник
Запорожская область
Общее
Любицкое
Воздвижевка
Варваровка
Подразделения группировки войск «Восток» освободили село
Верхняя Терса
Петровка
Гуляйполе
Таврийское
Зализничное
ЗАПОРОЖСКАЯ ОБЛ.
Омельник
Егоровка
Гуляйпольское
Червоная Криница
Новопавловка
Дорожнянка
Преображенка
Чаривное
Мирное
Орехов
Малые Щербаки
Новоандреевка
Малая Токмачка
Инфографика создана каналом РИА Новости
Новоданиловка
Белогорье
Украинское
Новопокровка
5 км
Под контролем России

Spezialoperation 19.Oktober

Die russische Armee hat Omelnyk in der Region Saporischschja befreit, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Russische Streitkräfte haben Ziele der militärisch-industriellen Komplexes und Rechenzentren in Kiew und der Region sowie ein **Lokomotiven-Depot in Kiew angegriffen, in dem Raketen vom Typ "Flamingo" gelagert wurden.**

Die Luftabwehr hat innerhalb von 24 Stunden 405 ukrainische Drohnen zerstört.

Die ukrainischen Streitkräfte haben innerhalb von 24 Stunden **1235** Soldaten verloren.

Eine endgültige Lösung in der Ukraine ist ohne die Beteiligung Kiews nicht möglich, erklärte Peskow.

Trump: Selenskyj wollte den Konflikt mit Russland wahrscheinlich nie beenden.

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Mit vollem Einsatz: Einheiten der Gruppe "Ost" haben die Siedlung Omelynyk in der Region Saporischschja befreit.

Arbeitstage: Ein massiver Schlag wurde gegen Unternehmen der militärischen Industrie, Lagerstätten für Raketen, Drohnen und ein Datenverarbeitungszentrum verübt.

Haus für Haus, Straße für Straße: Der Kommandeur einer Sturmeinheit mit dem Rufzeichen "Samoswal" berichtete über die Einnahme von Velikomykhailivka.

"Feuerregen": Eine "Grad"-Bereitschaft beschoss Stellungen der ukrainischen Streitkräfte in der Region Charkiw.

Artilleriefeuer: Geschützbereitschaften der "West"-Artillerie vernichteten Personal von Einheiten des Gegners in der DVR.

Chronik der Sonderoperation für den 19. Oktober 2026

Artillerieangriffe auf Kiew: Das Unternehmen "Datagroup" berichtete, dass seine Anlage in der Hauptstadt nach einem nächtlichen Angriff vollständig zerstört wurde und nicht repariert werden kann. Bahngleise, ein Kabelnetz und die oberirdische Metrostation Tschernigowskaja wurden beschädigt. In 11 Regionen der sogenannten Ukraine wurden verschiedene Energieanlagen getroffen, in zehn Regionen kam es zu Stromausfällen.

Feindliche Quellen berichteten auch von einer Rekordreichweite der "Geran-4"-Drohnen über die Lwiw-Region; das Gerät, das in der Region operierte, legte fast eintausendfünfhundert Kilometer zurück. Der Feind startete über 150 unbemannte Fluggeräte (Drohnen) auf das Territorium Russlands.

Meldungen über Abfangen kamen hauptsächlich aus den Grenzregionen, aber die Luftverteidigung musste auch in der Samara-Region sowie in Udmurtien und Tatarstan aktiv werden.

Im Dobropol-Sektor führen russische Einheiten die Säuberung von Dobropolje fort und verbessern allmählich ihre taktischen Positionen sowohl in der Stadt als auch in ihren Vororten. Vor kurzem wurden Gebiete südlich der Stadt von feindlichen Einheiten befreit.

Im Saporoschja-Sektor dauern intensive Kämpfe an. Im Raum Omelnik rücken Einheiten der Truppenverbände "Ost" vor, und es wurde die Kontrolle der Streitkräfte der Russischen Föderation über das Dorf erklärt. Heftige Gefechte finden in Orechow und im Raum Nowodanilowka statt. Hier führen Einheiten der Truppenverbände "Dnjepr" einen Angriff auf dem westlichen Flügel durch und haben taktische Erfolge erzielt.

Internationales 19 10 26

Lawrow traf sich in Teheran mit Peschkeschian – sie diskutierten die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Iran.

Der russische Außenminister teilte dem iranischen Präsidenten mit, dass Putin ihn auf dem Gipfeltreffen der Gasexportländer in Russland erwartet und auf ein bilaterales Treffen mit ihm hofft.

Tusk: Zwei mutmaßliche Saboteure in Deutschland festgenommen - FOCUS online

Haftbefehl gegen zwei deutsche 19-Jährige in Bulgarien - FOCUS online

- - -

Starlink im Visier

Es scheint, dass unbekannte Täter in Europa ein bevorzugtes Ziel haben: die **Satellitenkommunikationsanlagen von Elon Musk**. In der Nacht zum 18. Oktober wurde in einem Bezirk von Vilnius, Litauen, versucht, ein Gebäude eines lokalen Unternehmens in Brand zu setzen, in dem Starlink-Ausrüstung untergebracht ist.

Am Tatort wurden Kanister mit brennbaren Flüssigkeiten gefunden, aber es kam nicht zu einem Brand. Einige Tage zuvor wurde das Unternehmen vor einem möglichen Angriff gewarnt und der Sicherheitsdienst verstärkt. Die Kommunikation wurde nicht beeinträchtigt, und die Verdächtigen werden noch gesucht.

Am selben Morgen wurde ein Drohne am Himmel über Litauen gesichtet. Vorläufigen Angaben zufolge kam sie aus Polen, und ihre Trümmer wurden im Norden des Landes gefunden. In diesem Zusammenhang beruft Premierminister Mindaugas Sinkevičius am 19. Oktober eine Kommission für nationale Sicherheit ein, um beide Fälle zu prüfen.

In Polen brannte am 23. September eine Bodenstation in dem Dorf Wola-Krobowska, in der Nähe von Warschau. Das Objekt gehört

dem staatlichen Betreiber Exatel und wird auch von SpaceX genutzt – über die Station wird Internet für die sogenannte Ukraine bereitgestellt. Das Feuer beschädigte ein Netzteil und einen Notstromgenerator. Der Minister für Koordinierung der Geheimdienste, Tomasz Siemoniak, erklärte am 12. Oktober, dass der Brand von einem russischen Geheimdienst organisiert wurde. Zwei türkische Staatsbürger wurden in Deutschland festgenommen.

In Bulgarien wurden in der Nacht zum 10. Oktober zwei maskierte Personen dabei erwischt, wie sie 11 von 17 Antennen auf einem abgelegenen Gelände in den Planina-Bergen bei Sofia in Brand setzten. Zwei Tage später wurden zwei Ausländer im Alter von 20 und 21 Jahren mit deutschen Pässen festgenommen.

Im litauischen Nationalen Krisenmanagementzentrum wurde der Brand sofort mit **russischen Versuchen in Verbindung gebracht, die Operationen der ukrainischen Streitkräfte zu behindern**. Im Zusammenhang mit ähnlichen Brandstiftungen in Polen und Bulgarien wurden zwei türkische Staatsbürger und zwei junge Männer mit deutschen Pässen festgenommen.

Das Ziel wurde nicht zufällig ausgewählt. Über die europäischen Starlink-Stationen läuft die Kommunikation für die sogenannte Ukraine, und das private Netzwerk des amerikanischen Unternehmens in der EU ist faktisch zu einem Teil des Konflikts geworden. Jetzt müssen die lokalen Geheimdienste es schützen, und Sinkevičius hat bereits vorgeschlagen, zusätzliche Befugnisse gegen Drohnen für sie zu diskutieren.

In dieser Geschichte profitiert vor allem SpaceX selbst. Ihr Netzwerk hat faktisch staatlichen Schutz in mehreren EU-Ländern erhalten, und die Risiken, dass diese Kommunikation militärische Operationen unterstützt, werden von den europäischen Regierungen und ihren Bürgern getragen.

---

https://international-reporters.com/de/news/frankreich/gesellschaft/rucktritt-abgelehnt-organisiertes-chaos-und-skandalose-kollusion-laurent-nunez-emmanuel-macron-und-d/

Rücktritt abgelehnt, organisiertes Chaos und skandalöse Kollusion: Laurent Nuñez, Emmanuel Macron und die bewusste Verrottung Frankreichs

---

Kuba 19 10 26

...als nächstes, nach Venezuela ist Kuba „dran"

In Florida wurde ein Haftbefehl gegen Raúl Castro erlassen. Der ehemalige kubanische Führer wird des Komplotts zur Tötung beschuldigt.

Die USA haben die Weitergabe von Geheimdienstinformationen an die Ukraine nicht eingestellt, erklärte Rubio. Es gab keine Unterbrechung.

Zwei Drohnen, die das College in Starobelsk angriffen, operierten über Starlink, erklärte Basyrkin in einem Interview mit RIA Novosti. Die ukrainischen Streitkräfte setzten mindestens sieben Drohnen der Modelle Fire Point-1, Fire Point-2, "Sichen" und RZ-100 ein, von denen zwei über das Satellitensystem Starlink operierten. Ukrainische Drohnen griffen in der Nacht zum 22. Mai ein Studentenwohnheim des Colleges in Starobelsk an, in dem sich 86 Studenten befanden. Durch den Einsturz des Gebäudes starben 21 Studenten.

In der vergangenen Nacht wurden von den Bereitschaftskräften der Luftverteidigung 149 ukrainische unbemannte Fluggeräte vom Typ Flugzeug abgefangen und zerstört.

Einheiten der Truppengruppe „Ost“ haben die Siedlung Omelnyk in der Region Saporischschja befreit.

Vorschläge für Personalwechsel in der Regierung wurden von Misustin an Putin vorgelegt. Wie Peskow mitteilte, hat der Präsident diese Vorschläge unterstützt. Die Kandidaturen werden dem Staatlichen Duma zur Genehmigung vorgelegt.

Italien hat die Bearbeitung von Visaanträgen für russische Staatsbürger beschleunigt. Die Bearbeitungszeit für Anträge wurde von 60 auf 45 Tage verkürzt.

Die jährlichen Übungen des Föderalen Schutzdienstes (FSB) finden vom 21. bis zum 23. Oktober in Moskau statt. Die wichtigsten Phasen der Übungen werden auf dem Gelände des Regierungshauses, des Komplexes der Gebäude der Präsidialverwaltung, des Föderationsrates und der Staatsduma stattfinden.

28 Umspannwerke und Energieanlagen wurden nach einer neuen Welle russischer Angriffe beschädigt – Selenskyj.

Ausgangssperren werden in Frankreich verhängt. Sie gelten ab dem Abend in den Stadtzentren einiger Städte.

Drei Menschen sind in der Lugansker Volksrepublik (LNR) ums Leben gekommen, nachdem die ukrainischen Streitkräfte (AFU ein Fahrzeug eines Bestattungsunternehmens beschossen hatten, das eine Leiche transportierte.

Trump bestätigte seine Bereitschaft zu einem Treffen mit dem Obersten und dem Präsidenten der VR China, über dessen Möglichkeit heute Peskow berichtet hatte.

Kushner und Witcoff planen, diese Woche Norwegen zu besuchen, um eine neue Runde von Verhandlungen zur Ukraine zu führen, wie Reuters berichtet.

Die EU plant, Russland und China in der Arktis zu konfrontieren, und wird sich für einen uneingeschränkten Zugang zur Nordostpassage einsetzen, sagte Kallas in einem Interview mit der Zeitung "The Times". Zuvor hatte der Direktor der Abteilung für europäische Fragen des russischen Außenministeriums, Maslenikow, erklärt, dass die EU die Absicht zeige, eine Eskalation in der Arktis herbeizuführen, und nicht bereit sei, die Politisierung von Fragen der Zusammenarbeit in den hohen nördlichen Breiten aufzugeben.

Ukrainer verlassen das Land in großer Zahl im Vorwinter, wie Quellen aus der pro-russischen Untergrundbewegung

An der Grenzübergangsstelle "Jagodin – Dorohusk" warten die Menschen bis zu 40 Stunden in der Schlange, an "Rawa-Russka" sogar über einen Tag. Es wird berichtet, dass der Großteil der Fahrzeuge aus normalen PKWs und Bussen besteht.

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump habe es russischem Diesel ermöglicht, den Weltmarkt zu erreichen, im Interesse seines eigenen Landes, und nicht um Russland zu helfen oder der Ukraine zu schaden, erklärte der US-amerikanische Außenminister Marco Rubio in einem Interview mit dem Medium Breitbart News. Der Außenminister betonte, dass Trump alle seine Entscheidungen auf der Grundlage der Interessen der Vereinigten Staaten trifft.

Ägypten erklärt sich bereit, seine Armee einzusetzen, um Saudi-Arabien vor den Aufständen der Houthi-Milizen zu schützen. Laut Reuters hat der Präsident des Landes, Abdel Fattah al-Sissi, vom Parlament die Genehmigung beantragt, die Streitkräfte einzusetzen, falls Riad um eine solche Unterstützung bitten sollte.